



Sarah Suter, MLaw
Juristische Mitarbeiterin der AIHK, Aarau

NEIN zur Initiative «Grüne Wirtschaft»

Am 25. September 2016 stimmen wir über die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ab. Eine Annahme der Vorlage hätte einen abrupten Strukturwandel zur Folge: Unternehmen und Konsumenten müssten ihren Ressourcenverbrauch radikal senken – um mehr als 60 Prozent bis ins Jahr 2050. Für eine derart extreme Vorlage hat die AIHK nur vier Buchstaben übrig: N E I N.

Die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ist von den Grünen lanciert worden und kommt nun am 25. September 2016 zur Abstimmung.

Mit einer neuen Bestimmung in der Bundesverfassung sollen Bund, Kantone und Gemeinden dazu verpflichtet werden, eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft zu schaffen. Die Behörden sollen geschlossene Stoffkreisläufe fördern und dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten das Potenzial der natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigen. Weiter fordert die Initiative in der Übergangsbestimmung, dass der

«ökologische Fussabdruck» der Schweiz bis ins Jahr 2050 so reduziert wird, dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet das fiktive Mass von einer Erde nicht überschreitet. Aktuell beträgt der ökologische Fussabdruck der Schweiz rund 2,8 «Erden». Die Reduktion des Fussabdrucks auf nur noch eine Erde bis ins Jahr 2050 bedeutet folglich eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um rund 65 Prozent.

Extreme Ziele erfordern radikale Massnahmen

Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, wären Bund, Kantone und Gemeinden verpflichtet, noch nicht genauer definierte Massnahmen zu ergreifen. Zur Debatte stehen Förderungsmassnahmen im Bereich von Forschung und Innovation, aber auch neue Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle sowie steuerliche Massnahmen.

Selbst wenn die genauen Massnahmen zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar sind – eines zeichnet sich bereits unmissverständlich ab: Die Massnahmen müssten rasch ergriffen werden und radikal ausfallen, damit das Ziel der Initiative auch nur annähernd erreicht werden könnte. Gemäss Expertenschätzungen ist bereits eine Senkung des Ressourcenverbrauchs von 40 Prozent bis ins Jahr 2050 nur mit sehr einschneidenden Vorkehrungen überhaupt erreichbar. Von den in der Initiative geforderten gut 65 Prozent ganz zu schweigen. Diese Tatsache ist mithin ein Grund dafür, weshalb Bundesrat und Parlament die Initiative «Für eine nachhaltige und

ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ablehnen. Die Initiative hätte einen abrupten Strukturwandel zur Folge, denn sie verlangt schlicht zu viel in zu kurzer Zeit.

Brandgefährlich statt sympathisch

Auch im Aargau hat sich Widerstand gegen die Initiative formiert. Ein breit abgestütztes, überparteiliches Komitee bekämpft die Vorlage. Im Co-Präsidium des Aargauer Komitees «NEIN zur Initiative 'Grüne Wirtschaft'» engagieren sich die Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien von BDP, CVP, FDP, SVP und deren jeweiligen Jungparteien sowie die Präsidenten des kantonalen Bauernverbandes, des Gewerbeverbandes und des Hauseigentümerverbandes. Auch der Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, Daniel Knecht, engagiert sich im Co-Präsidium des Komitees. Er bringt die Problematik rund um die Initiative auf den Punkt: «Die Vorlage klingt im erstem Moment harmlos und gut gemeint. Sie ist in Tat und Wahrheit aber brandgefährlich».

In der Tat: Die Initiative trägt einen sympathischen Namen und selbst ihr Kernanliegen – eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft – ist im Grundsatz richtig und wichtig. Genau das macht die Vorlage so gefährlich. Der Titel der Initiative impliziert, dass mit einem Ja am 25. September 2016 «einfach» etwas Gutes für die Umwelt getan werden kann. Die einschneidenden und gefährlichen Konsequenzen, die dieses Ja aber hätte, kommen in der Initiative gar nicht zur Sprache.

Massive Einschränkungen für Unternehmen ...

Gefährlich ist diese Initiative einerseits für die Unternehmen in der Schweiz. Von neuen Lenkungssteuern oder Vorschriften wären zahlreiche Branchen betroffen: Im Detailhandel und in der Gastronomie zum Beispiel müsste die Sortimentsgestaltung künftig noch strikter ökologisch erfolgen. Handelsunternehmen sähen sich damit konfrontiert, dass der Handel von Produkten mit allenfalls schädlichen Auswirkungen

Aargauer Komitee

Das Aargauer Komitee «NEIN zur Initiative 'Grüne Wirtschaft'» zählt erfreulicherweise immer mehr Unterstützer – aber noch lange nicht genug. Denn die ersten Umfragen haben gezeigt, dass bis zur Abstimmung Ende September noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist und die Stimmbürger für diese sympathisch klingende, aber brandgefährliche Initiative sensibilisiert werden müssen. Helfen Sie mit: Treten Sie dem Aargauer Komitee bei und/oder unterstützen Sie den Abstimmungskampf mit einer Spende. Anmeldung und weitere Infos finden Sie unter www.aargauerkomitee.ch/gruenewirtschaft-nein.



(oben) **Roland Basler**,
Präsident BDP AG;
Marianne Binder-Keller,
Präsidentin CVP AG;
Thomas Burgherr,
Präsident SVP AG;
Alois Huber, Präsident
Bauernverband AG;
Matthias Jauslin,
Präsident FDP/Die
Liberalen AG;
Michael Kaufmann,
Präsident Junge CVP AG

(unten) **Tonja Kaufmann**,
Präsidentin JSVP AG;
Daniel Knecht,
Präsident AIHK;
Hansjörg Knecht,
Präsident HEV AG;
Kurt Schmid,
Präsident AGV;
Philippe Tschopp,
Präsident JBDDP AG;
Anna Wartmann,
Präsidentin
jungfreisinnige AG

Das Co-Präsidium des Aargauer Komitees «NEIN zur Initiative 'Grüne Wirtschaft'» ist breit abgestützt. Grafik: AIHK

reduziert oder gar gänzlich verboten würde. In der Landwirtschaft wäre etwa mit noch strengeren Vorschriften zum Import von Lebens- und Futtermitteln, zum Einsatz von Düngern und Pflanzenschutzmitteln oder zur Reduktion von Treibhausgasen zu rechnen. In der Industrie dagegen müsste der Lebenszyklusansatz bei der Produktentwicklung und bei der Beschaffung von Rohstoffen stark vorangetrieben werden. In der Immobilien- und Bauwirtschaft müssten insbesondere Massnahmen zur weiteren Senkung des Bodenverbrauchs getroffen werden, um wertvolle Böden zu erhalten – betroffen wären davon insbesondere Liegenschaftsbesitzer. Unumgänglich wären in diesem Bereich wohl auch neue Bau- und Sanierungsvorschriften.

... und Konsumenten

Wer nun denkt, die Initiative betreffe «nur» die Unternehmen hat weit gefehlt. Denn mit «Wirtschaft» ist nota bene die Wirtschaft im weiteren Sinne gemeint – also nicht nur Unternehmen, sondern auch Haushalte. Und damit sind Herr und Frau Schweizer von der Initiative unmittelbar betroffen. Der Bundesrat ortet die Betroffenheit der Haushalte insbesondere in den drei Bereichen Ernährung, Wohnen und private Mobilität. Letztere müsste beispielweise massiv verteuert werden. Ferner müsste sich der individuelle Speiseplan in Zukunft deutlich nachhaltiger

zusammensetzen; etwa durch einen geringeren Anteil tierischer Lebensmittel wie Fleisch oder Käse. Im Bereich Wohnen ist für die Konsumenten ebenfalls mit starken Einschränkungen zu rechnen. Es wäre nicht nur eine weitere Senkung des Energieverbrauchs beim Wohnen notwendig, auch der Flächenverbrauch pro Person müsste reduziert werden.

Konsumentinnen und Konsumenten beschränken und den Wirtschaftsstandort Schweiz mit einem unnötigen und nicht zielführenden Alleingang gefährden? Davon halten nicht nur Bundesrat und Parlament nichts. Die AIHK lehnt die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ebenfalls entschieden ab. Schweizer Unternehmen sind weltweit bereits führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Diesen Weg der Eigenverantwortung weiterzuerfolgen und einen flexiblen Umbau der Wirtschaft zu ermöglichen, ist zielführender als ein System von Planwirtschaft und Bevormundung.

FAZIT

Kurz und bündig: Nein zur Beschränkung von Konsumenten, Nein zur Gefährdung des Arbeitsplatzes Schweiz, Nein zur Initiative «Grüne Wirtschaft» am 25. September 2016.